

## **Antrag E 1**

### **Antragsteller**

Kreisgruppe  
Fachhochschule der Polizei

### **Betrifft:**

### **Wohnheim Sofortprogramm**

Der 8. Ordentliche Landesdelegierten-  
tag der GdP Brandenburg möge be-  
schließen:

dass sich die Gewerkschaft der Polizei  
gegenüber der Landesregierung und  
dem Landtag dafür einsetzt, dass als  
Maßnahme zur Attraktivitätssteige-  
rung aus den Haushaltsmitteln, die  
nach dem Scheitern der Kreisreform  
freigeworden sind, Gelder in Höhe  
von bis zu 5 Millionen EUR für die Er-  
richtung eines Wohnheimes für die  
Anwärterinnen und Anwärter der  
Fachhochschule der Polizei am Stand-  
ort Oranienburg bereitgestellt wer-  
den.

---

### **Begründung:**

Mit der Erhöhung der Einstellungszah-  
len sind in den nächsten Jahren regel-  
mäßig deutlich mehr als 1.000 Anwär-  
terinnen und Anwärter gehalten, sich  
eine Unterkunft oder Wohnung in  
Oranienburg bzw. in angrenzenden  
Orten und Städten einschließlich Ber-  
lin zu nehmen. Dies hat zu einer deut-  
lichen Verknappung auf dem regiona-  
len Wohnungsmarkt und steigenden  
Mieten geführt. Ohne eine in der  
Nähe der Fachhochschule der Polizei  
befindliche Wohnung oder Unterkunft  
sind Studium und Ausbildung im Ver-  
gleich mit anderen Bundesländern  
wenig attraktiv. Außerdem belasten

## **Empfehlung der Antragsberatungskommission**

---

**Arbeitsmaterial zu  
E 36, LDT 2010 und  
E 8, LDT 2014**

lange Anfahrtszeiten mit PKW oder öffentlichen Verkehrsmitteln und führen dazu, dass weniger Zeit für die Erholung bzw. Nachbereitung von Lehr- oder Studienveranstaltungen zur Verfügung steht. Soweit hier beantragt, gibt es konkrete Pläne, am früheren Standort der PI Oberhavel in der Berliner Straße neu- bzw. umzubauen, um dort Wohnheimkapazitäten zu schaffen. Dafür fehlen bislang die Haushaltsmittel, die durch Rückgriff auf die für die Kreisreformfinanzierung vorgesehenen Mittel in Höhe von 400 Millionen EUR bereitgestellt werden könnten.

---

Angenommen

Abgelehnt

Annahme mit Änderung

Nichtbefassung

Arbeitsmaterial

Erledigt durch

Arbeitsmaterial zu

---

## **Antrag E 2**

### **Antragsteller**

Kreisgruppe LKA

### **Betrifft:**

### **Krankenversicherung in der Polizei**

Der 8. Ordentliche Landesdelegierten-tag der GdP Brandenburg möge beschließen:

dass sich der Landesbezirksvorstand dafür einsetzt, dass im Land Brandenburg für alle Beschäftigten und Bediensteten der Polizei ein einheitliches Krankenkassensystem, analog eines Betriebskrankenkassensystems eingeführt wird.

---

### Begründung:

Bisher erfolgt die Krankenkassenversorgung in der Polizei des Landes Brandenburg unterschiedlich, teils gesetzliche KK, freie Heilfürsorge und private KV. Dies führt ständig zu Diskussionen innerhalb der Mitgliedschaft und unterschiedlichen persönlichen Belastungen des jeweils Betroffenen. Um hier einen Zustand des sozialen Betriebsfriedens herzustellen wäre die Einführung eines BKK-Systems denkbar, zu dem alle Beschäftigten und Bediensteten der Polizei Zugang erhalten. Eine Öffnung für den gesamten öffentlichen Dienst sollte nicht ausgeschlossen sein. Um bestehende Errungenschaften der freien Heilfürsorge zu integrieren, sollte durch das Land ein Teil der entstehenden Fixkosten übernommen werden. Da ein solches BKK-System nicht wie die freie Heilfürsorge mit der Beamtenpensionierung endet, würde der Teil eine PKV entfallen. Mit

## **Empfehlung der Antragsberatungskommission**

---

**Ablehnung**

Einführung eines solchen Systems sollten Voraussetzungen geschaffen werden um auch bereits in der PKV versicherte ehemalige oder derzeitige Beschäftigte /Beamte den Zugang zu gewähren und Anteile aus der PKV mit zu übernehmen.

- 
- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Angenommen           | <input type="checkbox"/> Abgelehnt      |
| <input type="checkbox"/> Annahme mit Änderung | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial      | <input type="checkbox"/> Erledigt durch |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu   |   |
-

## **Antrag E 3**

### **Antragsteller**

Kreisgruppe PD Ost

### **Betrifft:**

### **Einführung der Freien Heilfürsorge für Pensionäre**

Der 8. Ordentliche Landesdelegierten-  
tag der GdP Brandenburg möge be-  
schließen:

dass auch für Pensionäre die Freie  
Heilfürsorge eingeführt wird.

---

### Begründung:

Bis zur Pensionierung haben die Be-  
amten im Land Brandenburg die Freie  
Heilfürsorge. Mit der Karte können  
sie den Arzt aufsuchen und sich be-  
handeln lassen, ohne etwas zu bezah-  
len. Dieser Vorgang trifft auch für die  
gesetzlichen Krankenkassen so in die-  
ser Form zu.

Vom Arzt bekommen sie dann die be-  
nötigten Medikamente verschrieben,  
gehen zur Apotheke und bezahlen nur  
das, was sie für dieses Medikament  
zuzahlen müssen.

Als Pensionäre haben unsere Kollegen  
die Beihilfestelle und die Privatversi-  
cherung. Nach Behandlung beim Arzt  
bekommen die Kollegen die Rechnung  
sowie ein Rezept. Mit dem Rezept  
gehen sie zur Apotheke und müssen  
für Medikamente bar bezahlen. Bei  
zugestellten Arztrechnungen bleibt  
den Kollegen nur eine kurze Frist zur  
Begleichung dieser Rechnung.

Die Beihilfestelle Cottbus geht je nach  
Höhe der Rechnung wie folgt vor:  
Rechnungen mit einer hohen Summe  
werden kurzfristig bearbeitet.

## **Empfehlung der Antragsberatungskommission**

---

**Ablehnung**

Rechnungen mit einer niedrigen Summe muss der Kollege einige Wochen warten, bevor er sein Geld von der

Beihilfestelle überwiesen bekommt. Zwischenzeitlich kann es passieren, dass Mahnungen von Arztrechnungen eingehen und dabei Mahngebühren anfallen können. Bei Rechnungen, die Einzeln versendet werden, fallen auch Postgebühren an.

Alleinstehende Kolleginnen oder Kollegen, deren Partner wenig oder kein Einkommen haben, werden in finanzieller Hinsicht oft auf eine harte Probe gestellt, wenn es um Bezahlung der Arztkosten und Medikamente geht. Kollegen im fortgeschrittenen Alter haben Mühe, alle diese Vorgänge, Computertätigkeit, Ausfüllen von Anträgen und ähnliches zu bewältigen, was sie oftmals ohne Hilfe anderer nicht schaffen.

---

Angenommen

Abgelehnt

Annahme mit Änderung

Nichtbefassung

Arbeitsmaterial

Erledigt durch

Arbeitsmaterial zu

---

## Antrag E 4

### Antragsteller

Kreisgruppe PD Ost

### Betrifft:

### Präventionskuren

Der 8. Ordentliche Landesdelegierten-  
tag der GdP Brandenburg möge be-  
schließen:

dass allen Beschäftigten der Polizei  
des Landes Brandenburg die Möglich-  
keit eingeräumt wird, an Präventions-  
kuren unabhängig der Berechtigung  
zur Heilfürsorge teilzunehmen.

---

### Begründung:

Präventionskuren dienen der Gesun-  
derhaltung der Beschäftigten.  
Eine Unterscheidung des Angebotes  
nach der Berechtigung auf Heilfür-  
sorge ist schlicht eine Ungleichbe-  
handlung und mit der Fürsorge des  
Dienstherren für alle Beschäftigten  
nicht vereinbar.

## Empfehlung der Antragsberatungskommission

---

### Annahme

- 
- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Angenommen           | <input type="checkbox"/> Abgelehnt      |
| <input type="checkbox"/> Annahme mit Änderung | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial      | <input type="checkbox"/> Erledigt durch |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu   |   |
-

## Antrag E 5

### Antragsteller

Landesseniorengruppe

### Betrifft:

### Vollständige Angleichung der Mütterrente

Der 8. Ordentliche Landesdelegierten-tag der GdP Brandenburg möge beschließen:

dass sich die GdP dafür einsetzt, dass Mütter von vor 1992 geborenen Kindern den nach 1992 Geborenen gleichgestellt werden.

### Begründung:

Immer noch werden Mütter, die Kinder vor 1992 geboren haben, benachteiligt. Sie bekommen nur zwei Rentenpunkte pro Kind, für nach 1992 geborene drei Rentenpunkte.

Diese Ungleichbehandlung muss korrigiert werden.

## Empfehlung der Antragsberatungskommission

### Arbeitsmaterial

- 
- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Angenommen           | <input type="checkbox"/> Abgelehnt      |
| <input type="checkbox"/> Annahme mit Änderung | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial      | <input type="checkbox"/> Erledigt durch |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu   |   |
-



## **Antrag E 6**

### **Antragsteller**

Frauengruppe

### **Betrifft:**

### **Ansprechpartner/-in für Schwu- LesBi&Trans**

Der 8. Ordentliche Landesdelegierten-  
tag der GdP Brandenburg möge be-  
schließen:

ob die Funktion eines/einer Ansprech-  
partner/- in für SchwuLesBi&Trans im  
Landesbezirk einzurichten ist.  
Sofern eine Erforderlichkeit bekundet  
wird, ist diese Funktion unabhängig  
von Fristen einzurichten.

---

### Begründung:

Gewerkschaften haben eine soziale  
Schutzfunktion für alle Beschäftigten  
gleich welcher ethnischen Herkunft,  
welchen Glaubens, welcher sexuellen  
Orientierung und welcher geschlecht-  
lichen Identität. Anders als in anderen  
Berufsgruppen müssen jedoch auch  
Polizistinnen und Polizisten Gewalt  
gegenüber Homosexuellen, Trans-  
und Intersexuellen intern und extern  
aufnehmen und verfolgen. Insofern  
steht die Institution Polizei in doppel-  
ter Funktion diesen Menschen gegen-  
über.

Weiterhin werden auch heute immer  
noch Polizistinnen und Polizisten auf-  
grund ihrer sexuellen Orientierung o-  
der geschlechtlichen Identität inner-  
halb des Dienstes diskriminiert und  
benachteiligt. Viele dieser Kollegen  
trauen sich immer noch nicht, offen  
mit ihrer sexuellen Orientierung oder  
geschlechtlichen Identität umzuge-  
hen.

## **Empfehlung der Antragsberatungskommission**

---

### **Annahme mit Änderung**

„... zu prüfen, ob die Funktion eines/ei-  
ner Ansprechpartner/- in für Schwu-  
LesBi&Trans im Landesbezirk einzurich-  
ten ist.“

Diese KollegInnen ziehen sich oftmals in eine Pseudobiografie zurück. Dies stellt eine starke psychische Belastung für diesen Personenkreis dar. Dem sollte entgegengewirkt werden. Mit der "Ehe für Alle" sind die Probleme nicht gelöst. Unwissenheit, Diskriminierungen, Hasskriminalität und Gewalt gegen Homosexuelle, Intersexuelle und Transgender stehen weiterhin auf der Tagesordnung. Viele Polizisten sind sich unsicher in der Anzeigenaufnahme und Durchsuchung sowie in Gesprächen, weil der spezielle Umgang mit diesen Menschen noch nicht vollumfänglich sensibilisiert und geschult wird. Das Ziel der Gewerkschaft der Polizei -als Interessenvertretung aller Polizeibeschäftigten- ist, dass das Thema Diversity ein elementarer Bestandteil bei der Aus- und Fortbildung der Beschäftigten ist und auch zeitlich angemessen berücksichtigt wird. Die Aufgeschlossenheit und Sensibilität für die Thematik muss bei der Polizeiführung beginnen und bis in die Basis getragen werden. Die Einrichtung einer solchen Ansprechperson wäre auch ein positiver Beitrag der Gewerkschaft zur Umsetzung des landesweiten "Aktionsplanes für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie". Die Ansprechperson soll keine Konkurrenz zum Ansprechpartner für LSBTI\* Belange im Polizeipräsidium Land Brandenburg und in den Polizeieinrichtungen darstellen, sondern eine unterstützende Wirkung einbringen. Eine Vernetzung mit diesen und dem Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter Berlin-Brandenburg (VelsPol BB e.V.) wäre anzustreben.

- 
- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Angenommen           | <input type="checkbox"/> Abgelehnt      |
| <input type="checkbox"/> Annahme mit Änderung | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial      | <input type="checkbox"/> Erledigt durch |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu   |   |
-